

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
und für Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Jahrespreis — Anschlag Nr. 53.

Angabenpreis: Die Anzeiger
bestehen für Anzeigen aus einer
Anzeige zu 20 Goldmarken, aus
weiteren Anzeigen zu 10 Goldmarken,
Kleinanzeigen zu 5 Goldmarken
amtliche Zeile zu 10 Goldmarken.

Telegramme: Auerblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 244

Sonntag, den 18. Oktober 1925

20. Jahrgang

Die Konferenz in Locarno beendet.

Paraphierung der Verträge. — Mutmaßungen über den Inhalt. — Rede Stresemanns. — Abreise der deutschen Delegation.

Locarno, 18. Oktober.

Die Optimisten haben recht behalten. Die Konferenz ist bereits heute an den Schluß ihrer Arbeiten gelangt. Um 4 Uhr begann die letzte formale Sitzung in dem historisch gewordenen Justizpalast von Locarno unter einer Sonne, „herrlich wie am ersten Tage“. Um 1/4 Uhr erfolgte eine Unterbrechung zur Vorbereitung der Unterzeichnung, die punkt 8 1/4 Uhr begann. Für die Unterzeichnung wurde die Form der Paraphierung gewählt, das heißt, die Hauptdelegierten besätigten den Inhalt der Vereinbarungen durch Zeichnung des Anfangsbuchstaben ihres Namens. Nach der Paraphierung durch die heimischen Parlamente erfolgt dann die feierliche Unterzeichnung, die voraussichtlich in London stattfindet. Außer den eigentlichen Verträgen ist ein Protokoll vereinbart worden, in dem die Deutschland außerhalb der Konferenz bewilligten Zugeständnisse seiner Verhandlungspartner ausgeführt werden. Die Unterzeichnung erfolgt mit den Anfangsbuchstaben der Namen der Minister und bindet nur die Minister persönlich und nicht ihre Regierungen.

Über den sachlichen Inhalt der nunmehr abgeschlossenen Verträge, die den Namen von Locarno in die Geschichte Europas einführen werden, läßt sich nach sorgfältiger Zusammenstellung alles dessen, was darüber aus zuverlässigen Quellen zu erfahren ist, kurz folgendes sagen:

Die dem Westpakt zugrundeliegenden Schiedsverträge Deutschlands mit Belgien und Frankreich sowie die Artikel des Westpakt selbst sichern die gegenwärtige Westgrenze Deutschlands, ebenso wie die Ostgrenzen Frankreichs und Belgiens gegen jeden Angriff und unterstellen sämtliche zwischen diesen Ländern auftretenden Streitigkeiten politischer und rechtlicher und wirtschaftlicher Art, die auf anderen Wegen nicht gelöst werden können, einem Schiedsverfahren, das entweder dasjenige des Völkerbundes oder dasjenige der im Völkerbundpakt vorgesehenen Möglichkeiten zur Einsetzung von Schiedsgerichten und Vermittlungsinstanzen sein kann.

Deutschland tritt dem Völkerbund bei, und der Pakt wird garantiert von England und Italien, die sich also ebenso zu Garanten der deutschen wie der französischen und der belgischen Grenze machen. Damit sind praktisch die Kriegsmöglichkeiten zwischen diesen Ländern künftig ausgeschlossen, solange die Verträge nicht gebrochen werden, die — wie man mir versichert — ohne Bestrafung sind.

In den östlichen Schiedsverträgen wird die Garantie Frankreichs, wie man hört, nicht erwähnt. Da-

gegen soll je eine besondere Konvention zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei sowie zwischen Frankreich und Polen gleichzeitig mit den Schiedsverträgen mit Deutschland abgeschlossen werden, die in wenigen Sätzen den Schutz Frankreichs, soweit er durch die vorgesehenen Schiedsgerichtsurteile und die Bestimmungen des Völkerbundpaktes aktiv betätigt werden müßte, diesen beiden Ländern garantieren als Ersatz für die Nichterwähnung der französischen Garantie in den Schiedsverträgen mit Deutschland.

Diese Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei setzen Schiedsgerichte vor für alle rechtlichen Streitfragen und die Schaffung von Vermittlungsinstanzen für politische und andere Konflikte, soweit sich nicht der Völkerbund auf Grund der Anrufung eines der Vertragsschließenden gemäß seinen Artikeln 11, 12, 13 und 15 mit diesen Streitfällen beschäftigt.

Locarno, 18. Okt. In der vom Reichsaussenminister Dr. Stresemann auf der Schlußsitzung der Konferenz gehaltenen Ansprache heißt es u. a.: Aufrichtig und fest begreifen wir die große Entwicklung des europäischen Friedensgedankens, die von dieser Zusammenkunft in Locarno ihren Ausgang nimmt. Wir begrüßen ebenso die in dem Schlußprogramm der Konferenz niedergelegte Anschauung der festen Überzeugung von jener Entspannung in den Beziehungen der Völker und jener Erleichterung der Lösung so vieler politischer und ökonomischer Fragen. Wir haben die Verantwortung für die Paraphierung der Verträge übernommen, weil wir des Glaubens sind, daß nur auf dem Wege friedlichen Nebeneinanderlebens jene Entwicklung der Staaten und Völker gesichert werden kann, die für keinen Erdteil so wichtig ist wie für das große europäische Kulturland, dessen Völker so unendlich durch die Jahre, die hinter uns liegen, gelitten haben. So wichtig die Abmachungen sind, die hier ihre Fassung erhalten haben, so werden die Verträge von Locarno doch nur dann ihre tiefe Bedeutung in der Entwicklung der Nationen erhalten, wenn Locarno nicht das Ende, sondern der Anfang einer Periode vertrauensvollen Zusammenlebens der Nationen sein wird. Daß die auf das Werk gesetzten Hoffnungen sich auswirken werden, ist der aufrichtige Wunsch der deutschen Delegierten.

Abreise der deutschen Delegation.

Locarno, 18. Okt. Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters des VTB. wird die deutsche Delegation am Sonnabend nachmittag mittels Sonderzuges Locarno verlassen.

Deutschfeindliche Kundgebungen im Prager Stadtrat.

Prag, 18. Okt. In der heutigen Sitzung des Stadtrates wurde gegen die Vertreter der Deutschen von allen tschechischen Mitgliedern eine Entschließung angenommen, in der seitens des Stadtrates der Hauptstadt Prag mit aller Schärfe Einspruch erhoben wird, daß Deutsche aus der Tschechoslowakei ins benachbarte Ausland zu Kundgebungen und öffentlichen Versammlungen fahren, die sich gegen den tschechischen Staat richten. Alle Regierungsfaktoren werden aufgefordert, mit aller Energie und mit allen rechtlichen Mitteln dieses zu verhindern.

Einheitsfront der nichtsozialdemokratischen deutschen Parteien in der Tschechoslowakei.

Prag, 18. Okt. Wie die deutschen Prager Tagesblätter melden, haben in der letzten Woche Verhandlungen zwischen den deutschen nichtsozialdemokratischen Parteien zwecks Gründung einer Einheitsfront zu den bevorstehenden Wahlen stattgefunden. Auch nach den Wahlen soll eine große Arbeitsgemeinschaft bestehen bleiben. Die deutsche Nationalpartei veröffentlicht schon jetzt ein Communiqué, in dem sie darauf hinweist, daß sie die Bildung einer Einheitsliste des sudeten-deutschen Volkes anerkenne.

Auflösung des tschechoslowakischen Parlaments.

Prag, 18. Okt. Mit Entscheidung des Präsidenten der Republik vom 15. 10. 1925 wurden heute gemäß Paragraph 81 der Verfassungsurkunde das Abgeordnetenhaus und der Senat aufgelöst.

Die Zukunftsaufgaben der deutschen Städte.

Von Dr. Rillig, M. d. R.

Als die wirtschaftliche und politische Not des deutschen Volkes noch unübersehbar war, im Juli 1923, da traten der jetzige Reichskanzler Dr. Luther, damals Oberbürgermeister von Essen, der Hauptgeschäftsführer des deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Witzlaff und der Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, Erwin Stein, gemeinsam auf den Plan und gaben unter Mitwirkung namhafter Fachleute ein fast monumentales Werk über „Die Zukunftsaufgaben der deutschen Städte“ heraus. Der Geist des Freiherrn vom Stein, der nach Preußens Zusammenbruch vor hundert Jahren die Kräfte des ganzen Volkes in Selbstverwaltungskörpern zusammenschloß, um von dieser Grundlage aus den zusammengebrochenen Staat wieder aufzurichten, spricht aus diesem Werke. Jetzt liegt es in zweiter Auflage vor, und wer es liest, fühlt sich ergriffen von der vorwärts und aufwärts drängenden Kraft, die im Rahmen der Selbstverwaltung zum Nutzen des Gesamtvolkes nach Geltung ringt.

Seider ist auf der anderen Seite die Erkenntnis nicht allgemein, daß an der ausblühenden Entwicklung der Städte mehr noch als die Städte selbst die Volksgemeinschaft und der Staat beteiligt sind. Im Gegenteil. Es ist fast modern geworden, die städtische Selbstverwaltung einzuengen und abfällig zu kritisieren. Irgend einige Beispiele werden, meist ohne Prüfung der Besonderheiten des einzelnen Falles herausgegriffen, um eine unfreundliche Kritik über die Gesamtheit der Städte zu fällen oder nach Einschränkung der Selbstverwaltung vor allem in finanzwirtschaftlicher Beziehung zu rufen. Vor allem glauben manche Wirtschaftskreise, ihren berechtigten Unmut über die drückenden Steuerlasten ganz auf die Städte konzentrieren zu müssen, die doch ihrerseits fast gar keinen Einfluß auf die Gestaltung des Steuerwesens haben, sondern auch heute noch — leider — vollkommen abhängig sind von den Dotationen des Reiches. Es zeigt sich jetzt die Wahrheit eines von Erich Koch in dem angeführten Werke geprägten Satzes: „Der moderne Mensch fühlt sich in erster Linie nicht mehr als Bürger seiner Stadt, sondern als Mitglied seiner Organisation. Dabei gerät er häufig in Kampfstellung zu der eigenen Stadt und gewöhnt sich daran, sie als etwas zu betrachten, was ihm fernliegt oder gar feindselig ist.“ Hierzu kommt, daß auch im neuen Staat der Kampf der staatlichen Bürokratie gegen die Selbstverwaltung nicht beendet ist. Diese Entwicklung ist außerordentlich zu bedauern, aber auch sie wird eine Episode der Nachkriegsentwicklung bleiben, wo unter dem ungeheuren Druck von außen die Begriffe im Innern sich teilweise verwirren. Die psychologische Gesundung wird auch in dieser Beziehung kommen, und die deutschen Parlamente sowohl wie die deutsche Wirtschaft werden wieder erkennen, daß ein ganz wesentlicher Teil der Wiederaufbauarbeit gerade in den deutschen Städten geleistet wird; sie sind die vorderste Front im deutschen Selbstbehauptungskampfe, die man nicht einengen und schwächen, sondern stärken und stützen soll. Selbstverständlich ist die Selbstverwaltung nicht um ihrer selbst Willen da, sondern es gilt auch für sie das Wort des früheren Oberbürgermeisters Dr. Luther, daß jede Einrichtung des deutschen öffentlichen Lebens nur dann erhaltungswürdig ist, wenn sie der Kräftigung des deutschen Staates und Volkes dient.

Tatsächlich verkörpern die deutschen Städte den wertvollsten Teil im Organismus des neuen Staates und sind die wesentlichsten Träger der durch die Eigenart der Zeit bedingten Notwendigkeiten des öffentlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens und der Zukunftsaufgaben des Gemeinschaftslebens im deutschen Volke. Welches Gebiet gibt es hier überhaupt, auf dem nicht die Selbstverwaltungskörper lebenswichtige Funktionen für die Gesamtheit auszuüben haben! Städtebau, Wohnungsbau und Verkehrsweisen, Unterricht und Bildung, Kriegsfolgenhilfe, soziale Fürsorge und Wohlfahrtspflege, Versorgungsweisen für Licht und Kraft, Polizei und Feuerchutz, Gewerbetwesen, Volkshygiene — man braucht nur diese kommunalen Verwaltungsgebiete aufzuzählen, um zu erkennen, wie schicksalsbestimmend die Arbeit der deutschen Städte für die Gesamtheit des deutschen Volkes sein muß. „In mühsamer Kleinarbeit und steter Reibung mit den gährenden Kräften des lebendigen Lebens kämpfen sie zugleich für die eigene Entwicklung und für den Wiederaufbau des Reiches.“ Aber nicht nur dies. Auch für die Zukunft würde, wie für die Vergangenheit, es gar nicht ausdenken sein, wieviel an neuen Gedanken und Anregungen auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete zu Boden fielen, wenn sich die Gemeinde ihrer nicht annähme. Wer wirtschaftlich oder rechtlich der Freiheit der Entfaltung des Könnens und Wollens der deutschen Städte vermeidbare Hemmungen bereitet, verfährt sich am deutschen Volke.

Mysteriöses Verschwinden eines litauischen Kuriers.

Warschau, 18. Okt. Als gestern der zwischen Mieselsch und Warschau verkehrende Schnellzug hier eintraf, wurde festgestellt, daß der mitreisende litauische Kurier auf ungeklärte Weise verschwunden ist. Sein diplomatisches und persönliches Gepäck wurde sofort der litauischen Gesandtschaft übergeben. Es wird eifrig nach dem Verschwindenen gesucht.

Der französische Ministerrat billigt den Sicherheitspaketentwurf.

Paris, 18. Okt. Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Doumergue hat heute vormittag ein Ministerrat stattgefunden, in dessen Verlauf Ministerpräsident Painlevé die gestern abend aus Locarno eingetroffenen Dokumente verlas. Der Ministerrat hat einstimmig den Sicherheitspaketentwurf gebilligt und den Ministerpräsidenten gebeten, Außenminister Briand die Glückwünsche der Regierung zu übermitteln.

Keine amerikanischen Kredite für Frankreich ohne Schuldensundierung.

Paris, 18. Okt. Im Gegensatz zu der von der „Chicago Tribune“ wiedergegebenen Erklärung des Schatzsekretärs Mellon über die Unterbringung französischer Anleihen in Amerika hat nach einer Havana-Botschaft aus Washington ein hoher Beamter des amerikanischen Schatzamtes betont, wenn Frankreich das von Amerika vorgeschlagene fünfjährige provisorische Abkommen zur Regelung seiner Kriegsschulden ratifiziert und Anleihen in den Vereinigten Staaten aufnehmen wolle, um der französischen Industrie zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Erhöhung ihrer Zahlungsfähigkeit zu verhelfen, würden den amerikanischen Bankiers von Regierungseite keine Einwendungen entgegengesetzt werden; die Regierung würde im Gegenteil sogar noch vor Zusammentritt des Kongresses das Abkommen billigen. Diese Haltung entspreche der allgemeinen Politik der amerikanischen Regierung in bezug auf Auslandsanleihen. Dasselbe Persönliche habe außerdem erklärt, daß der Zweck des vorgeschlagenen Provisoriums die Bestimmung der Zahlungsfähigkeit Frankreichs sei. Es wäre also nur logisch, wenn man Frankreich helfen würde, seine Zahlungsfähigkeit zu heben.